

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Erschlafklasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 75 M, für Verammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

## Der Kampf um die soziale Lage der Arbeiter.

Die Unternehmer haben es eilig, das auf der Essener Tagung der deutschen Industriellen beschlossene, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gleich reaktionäre Programm praktisch durchzuführen. Es ist nicht wenig, was dieses Programm fordert: Abbau des Schlichtungswesens, der Löhne, der Sozialpolitik, Verlängerung der Arbeitszeit, Beseitigung der Unabdingbarkeit von Tarifverträgen und Einrichtung von Betriebsgemeinschaften, die die Arbeiter in noch größere Abhängigkeit von den Arbeitgebern bringen sollen. Daß es den Unternehmern mit der Durchführung dieses Programms ernst ist, unterliegt keinem Zweifel. Sie begnügen sich in der Regel nicht mit der Aufstellung von Forderungen, sondern lassen ihnen stets Taten folgen. Zunächst scheint ihnen der Abbau der Löhne am Herzen zu liegen, wie die dahingehenden Vorstöße in verschiedenen Industrien, unter anderem in der Metallindustrie, Holzindustrie und im Baugewerbe, erkennen lassen. Soweit andere Industrien noch von solchen Angriffen verschont blieben, werden diese nicht lange auf sich warten lassen, und werden die Arbeiter gut tun, sich auf eine entsprechende Abwehr einzurichten.

Ein überwältigender Erfolg war den Unternehmern bei den bisher unternommenen Lohnabbauversuchen nicht beschieden. Was sie aber in den einzelnen Fällen durch die von ihnen angerufenen zentralen Schiedsgerichte erreichten, bedeutet doch für die davon betroffenen Arbeiter einen empfindlichen Nachteil, der um so schwerer empfunden wird, als sich nach langen Krisenmonaten die ersten schwachen Anzeichen einer Besserung der wirtschaftlichen Lage bemerkbar machen. Ob die Unternehmer des errungenen Sieges froh werden, ist eine andere Frage. Die von ihnen beliebte rücksichtslose Ausnutzung der für die Arbeiter ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur trägt nicht dazu bei, in deren Reihen eine den Unternehmern günstige Stimmung zu erzeugen. Der eingetretene Lohnabbau hat deshalb allgemein eine außerordentliche Erbitterung bei den Arbeitern hervorgerufen, die sie nicht veräumen lassen wird, den Unternehmern bei sich bietender Gelegenheit in der gleichen Weise zu begegnen. Daß die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter durch die ihnen aufgezwungenen Lohnherabsetzungen nicht gefördert wird, bedarf keines besonderen Nachweises. Wie sehr aber dieses Moment für die Ergiebigkeit der Arbeitsleistung in Betracht zu ziehen ist, haben die Erfahrungen der letzten Jahre genügend dargetan.

Das Vorgehen der Unternehmer zeugt daher von einer nahezu unglaublichen wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit, die nur bei dem deutschen Unternehmertum verständlich wird, das sich durch diese Eigenschaft seit jeher auszeichnet. Es ist aber auch in höchstem Maße ungerecht. Die Löhne der deutschen Arbeiter sind infolge der unausgesetzten auf die Hebung der sozialen Lage der Arbeiter gerichteten Bemühungen der Gewerkschaften im Verlaufe der letzten Jahre gestiegen, aber bei weitem nicht so, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Steigerung der Preise, notwendig gemacht hätten. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts betrug im Februar dieses Jahres der durchschnittliche tarifliche Stundenlohn bei den Produktionsmittelindustrien, wozu neben dem Bergbau die Metallindustrie, die chemische Industrie, das Baugewerbe, Holzgewerbe und die Papierindustrie zählen, für gelernte Arbeiter 96,6, für ungelernete Arbeiter 65,6 Reichspfennige. In den Verbrauchsgüterindustrien: Textilindustrie, Brauindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Buchdruckgewerbe und Papierindustrie, belief sich der durchschnittliche tarifliche Stundenlohn für gelernte Arbeiter auf 80,8, für ungelernete Arbeiter auf 69,1 Reichspfennige. Wohlgerneht handelt es sich hierbei um den gewogenen Durchschnitt für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptzweigen der einzelnen Gewerbebezüge, was erkennen läßt, daß sich die gegenüber 1913 eingetretenen Lohnherabsetzungen in sehr maßigen Grenzen bewegen. Relativ bleiben diese Löhne sogar nicht unwesentlich hinter dem damaligen Stande zurück, wie die Tatsache beweist, daß zum Beispiel die

Arbeiter zur Deckung des einfachsten Bekleidungsbedarfs eine um 70 % längere Arbeitszeit aufwenden müssen.

Bei andern für den Gebrauch des Arbeiterhaushalts benötigten Dingen liegen die Verhältnisse nicht günstiger, stellt sich doch nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts über die Lebenshaltungskosten für Februar dieses Jahres die Indexziffer für die Gesamtlebenshaltung ohne Wohnung noch immer auf 150,8, während sie für Bekleidung 169,3, für sonstigen Bedarf und Verkehr 188,8 beträgt. Hieran hat sich inzwischen nichts geändert. Seit März dieses Jahres ist die Großhandelsindexziffer gestiegen, also das Gegenteil von dem eingetreten, was die Unternehmer bei den zentralen Lohnverhandlungen behaupteten. Wichtig ist lediglich, daß die für 1925 durchschnittliche Gesamtindexziffer von 130,4 im Laufe des Jahres bis Dezember auf 121,5 zurückging, seitdem aber mit unerheblichen Schwankungen stabil blieb. Im Gegensatz dazu ist jedoch in der gleichen Zeit die Indexziffer der Fertigwarenpreise von 144 auf 152,9 gestiegen. Desgleichen stellt sich der Lebenskostenindex für die Gesamtlebenshaltung ohne Wohnung mit 150,8 gegenwärtig höher als im Mai vorigen Jahres, wo er auf 149,7 stand. Die Entwicklung der Preise bietet hiernach für einen Lohnabbau keine Grundlage. Eine Senkung der Preise ist nach keiner Richtung bemerkbar geworden und alle dahingehenden Ankündigungen sind als leerer Schwindel zu betrachten. Soweit sich Preisherabsetzungen feststellen lassen, beschränken sie sich auf den Ausgleich von im Laufe des verfloffenen Jahres stattgefundenen Preiserhöhungen, die infolge der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur keine Lohnsteigerung veranlassen. Dahingehende Versuche der Gewerkschaften blieben ergebnislos.

Unter diesen Umständen bedeutet der Lohnabbau eine durch nichts zu rechtfertigende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter. Das aber nicht allein! Er führt notwendig auch zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, weil durch den Abbau der Löhne die schon bisher stark geschwächte Kaufkraft der Arbeiter noch weiter herabgesetzt wird. Die Folge wird also sein, daß die von der Kaufkraft der Arbeiter abhängigen wirtschaftlichen Kreise ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen und ihre Existenzgrundlagen erschüttert werden, was wieder auf andere Kreise zurückwirken muß. Hinzu kommt, daß die Masse der Verbraucher von den eingetretenen sowie von den Unternehmern noch weiter angestrebten Lohnherabsetzungen nicht den geringsten Nutzen hat, selbst wenn die Preise um den verminderten Lohnbetrag herabgesetzt werden sollten, was in der Regel gar nicht festzustellen ist. Erfahrungsgemäß bleiben derartige Pfennigbeträge, so bedeutungsvoll sie für den Arbeiter auch sind, auf den Preis des von ihnen hergestellten Produktes ohne nennenswerten Einfluß. Eine für den Verbraucher fühlbare Verbilligung der Waren ist daher hieraus nicht zu erwarten.

Den seither bei den Unternehmern beobachteten Gepflogenheiten nach zu urteilen, denken sie auch gar nicht daran, eine Preisreduzierung vorzunehmen. An Gelegenheit dazu hätte es ihnen schon längst nicht gefehlt. Die ihnen von der Reichsregierung zugestandene Ermäßigung der Steuern, Verkehrstarife, Kohlenpreise, die Erhöhung der Zölle und die dadurch erfolgende Ausschaltung der Auslandskonkurrenz hätten dazu wohl Veranlassung bieten können. Statt dessen ließen sie alle diese Vorteile in ihre unergründlichen Taschen fließen; die Verbraucher hatten das Nachsehen! Wie groß der den Industriellen allein aus den Zöllen entspringende Vorteil ist, zeigt die Tatsache, daß zum Beispiel die Textilindustriellen daraus einen jährlichen Ertragsgewinn von 320 Millionen, die Zuckerindustriellen einen solchen von rund 181 Millionen Mark einheimsten. Ähnlich bei andern Industrien. Die Gewinn gier der Unternehmer ist aber unerfättlich!

Die Arbeiter können hieraus entnehmen, wohin sie geraten, wenn den Bestrebungen der Unternehmer, ihre soziale Lage herabzudrücken, nicht mit größter Entschiedenheit entgegengetreten wird. Von den Gewerkschaften ist in dieser Hinsicht nichts veräumt worden. Ihre Spitzenverbände haben den Forderungen des Unternehmertums die Forde-

rungen der Arbeiter entgegengestellt, deren wichtigste ist, die Kaufkraft der Massen zu steigern. Das kann erreicht werden auf der einen Seite durch Lohnherabsetzungen, auf der andern durch Preisabbau unter nachdrücklichster Bekämpfung der die deutsche Wirtschaft verwüstenden Kartellpolitik des Unternehmertums. Hierbei dürfen jedoch die Arbeiter nicht tatenlos zusehen. Das Verhalten der Unternehmer stellt die schwersten wirtschaftlichen Kämpfe in Aussicht. Freiwillig leisten sie auf die Durchführung ihrer Forderungen nicht Verzicht, ebenso wenig werden sie sich kampflös auf die Forderungen der Gewerkschaften einlassen. Soll daher das Ringen um die soziale Besserstellung der Arbeiter von Erfolg sein, so ist erforderlich, daß auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin den Weg zum Anschluß an ihre Organisation finden.

## Heraus aus der Krise!

Nach außen hin zeigt Deutschland ein gar eigenartiges Bild. Einmal befindet es sich in einer Wirtschaftskrise, die so verheerend wirkt, daß sie auch im Auslande Besorgnis erregt. Darn aber erscheint der Reichshaushaltsetat wieder im rosigsten Licht. Während alle Länder in ihrem Haushalt große Defizite aufweisen und Frankreich, trotz wirtschaftlicher Blüte, von einer Finanzkrise in die andere eilt, hat Deutschland einen großen Ueberschuß, wodurch es dem Reichstag ein leichtes war, eine Steuerentlastung vorzunehmen, die, vom Arbeiterstandpunkte aus betrachtet, durchaus unzulänglich und wenig geeignet ist, der vorherrschenden Wirtschaftskrise ernsthaft zuleibe zu gehen. Die Lohnsteuer ist und bleibt für die deutsche Arbeiterklasse eine zu starke Belastung. Die im Reichshaushaltsetat erzielten Ueberschüsse rühren zweifellos aus der Lohnsteuer her, und man muß staunen, in welcher vorfichtiger Form man sich an die Senkung heranmacht. Das ganze deutsche Steuerhystem bedarf einer gründlichen Revision, und es ist zu begrüßen, daß die Gewerkschaftsbewegung diesem Problem die Aufmerksamkeit schenkt, die ihm gebührt. In der englischen Presse hat man die Vermutung ausgesprochen, die Senkung der Steuer sei deshalb vorgenommen worden, um den Erwerbslosen die Möglichkeit zu rauben, auf den gefüllten Staatsfädel hinweisen zu können. Nach englischen Begriffen ist es auch unverständlich, wie man die Weinsteuer beseitigen konnte und auf Kaffee und Tee einen hohen Zoll zu belassen. Der größte Unterschied zwischen dem englischen und deutschen Steuerhystem besteht allerdings darin, daß große Teile der englischen Arbeiter nach wie vor keine direkten Steuern zahlen. Die englische Einkommensteuer beginnt erst bei einem jährlichen Einkommen von 3000 M.

Schier unbegreiflich ist es, wie wissenschaftlich gerichtete Kreise angesichts dieser Tatsache einem Abbau der Sozialgesetzgebung das Wort reden können. An „Abbau“ hat es in Deutschland wahrlich nicht gefehlt. Geradezu erstaunlich ist es, welchen Grad die Abbaupolitik gegen die Arbeiter, Beamten und Angestellten angenommen hat. Dieser Abbau war der erste Akt in dem Plan, die Wirtschaft durch niedrige Löhne und hohe Preise im Inland zu heben. Deutschlands industrielle Meisterbeamte ist heute größer, als je jemals vor dem Kriege gewesen ist. Die ganze Unternehmerpolitik ist darauf gerichtet, auf Jahre hinaus ein großes Heer Erwerbsloser zu erhalten, weil man so ein probates Mittel hat, die Lohnrückerei nach Herzenslust auszuüben. Alles was man bis jetzt von der Nationalisierungspolitik gesehen und gehört hat, deutet darauf hin: man ist nicht gewillt, die überzähligen Arbeitskräfte zu verringern. Ganz im Gegenteil. Die englische liberale Zeitung, das „Daily Chronicle“, behandelte kürzlich in einer Artikelserie unter dem Sammelnamen: „Das Wettrennen nach dem Welthandel“ die Wirtschaftslage Deutschlands und Amerikas. Der das deutsche Problem behandelnde Spezialberichterstatter Georg Menwid gibt folgendes Resümee der allgemeinen Ansicht leitender Kreise der Industrie: „Unser ganzes Sinnen und Trachten muß auf eine Steigerung der Ausfuhr gerichtet sein, was nur durch eine Verbilligung der Produktionskosten zu erreichen ist, und dieses wiederum nur bei niedrigen Löhnen.“ Gewiß leugnet niemand die Notwendigkeit, die Auslandsmärkte zurückzuerobern. Ob das aber mit der neuesten, vom Unternehmertum beschichtigten Methode denkbar ist, das steht auf einem ganz andern Blatt. Auch die Unternehmervelt weiß, daß die Weltmarktfrage heute eine ganz andere ist als vor dem Kriege. Und es ist doch so: das Ausland wird sich gegen eine deutsche Schmutzkonkurrenz zur Wehr setzen. Immer lauter wird in England Protest erhoben gegen das deutsche Dumping, und es ist mit den schärfsten Abwehrmaßnahmen zu rechnen.

Die deutsche Unternehmerpresse weist allerdings auf das Beispiel der englischen Kohlenindustrie hin, die augenblicklich ihre Stellung durch staatliche Subvention behauptet. Und doch liegen die Dinge in England ganz anders als in



Deutschland. Die staatliche Unterstützung wurde doch dem englischen Bergbau zur Erhaltung der tariflichen Lohnbasis gegeben. Die englischen Kohlenbarone konnten attemäßig beweisen, daß durch die Lohn- und Arbeitsbedingungen die englische Kohle fast doppelt so teuer ist als die deutsche. Auch war es bis jetzt unmöglich, in England die in Deutschland beliebte Abbaupolitik zur Einführung zu bringen. Trotzdem die Abbaumöglichkeiten gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend zurückgegangen sind, werden heute im Kohlenbergbau mehr Arbeiter beschäftigt als vor dem Kriege. Im Bericht der königlichen Enquete-Kommission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des englischen Bergbaues heißt es unter anderem: „Trotzdem die Nachfrage nach Kohle im Inlande sich nicht steigerte und eine verringerte Auslandsnachfrage zu verzeichnen ist, vermehrte sich die Zahl der Beschäftigten von 1 048 000 in der Periode von 1900 bis 1913 auf 1 156 000 in 1925, so daß also heute 10 % mehr Arbeiter beschäftigt sind als kurz vor Ausbruch des Krieges.“ Das deutsche Unternehmertum hat also wirklich kein Recht, zu seiner Verteidigung englische Verhältnisse heranzuziehen.

Mit der Politik der niedrigen Löhne muß unter allen Umständen aufgeräumt werden, da durch solchen Zustand das Volk nicht nur verelendet, durch die dauernde Schwächung der Konsumkraft wird auch die Volkswirtschaft zerrüttet. Im Reichstag hat die Regierung hohe Töne angeschlagen wegen der Notlage der Landwirtschaft, und wir wollen die Bedeutung dieses Teiles der deutschen Volkswirtschaft durchaus nicht herunterwürdigen. Was aber soll werden? Auf der einen Seite werden alle Hebel in Bewegung gesetzt zur Herunterdrückung der wirtschaftlichen Kraft des Arbeiterstandes, andererseits aber soll die Lage durch noch höhere Lebensmittelpreise erschwert werden. Glaubt man wirklich im Ernst, auf diese Weise der Krise Herr zu werden? Der erwähnte Berichtstatter des „Daily Chronicle“ schreibt unter anderem: „Nach meiner Überzeugung ist die Ursache der Wirtschaftskrise in dem Mißverhältnis von Abbaumöglichkeiten und Produktionsfähigkeit zu suchen, und in der Bilanzierung beider wirtschaftlicher Potenzen liegt das Mittel der Gesundung, was auch allgemein eingesehen wird. Die Auslandsmärkte sind teilweise vollständig verlorengegangen und der Inlandsmarkt in ganz gefährlicher Weise ausgepowert worden, was man am besten an der Finanzgebarung des Sparfassenweins erkennt. In den Sparfassen, dieser Einrichtung des kleinen Mannes, befindet sich nur ein Neuntel der Summen, die dort vor dem Kriege aufgespeichert lagen. Unter solchen Verhältnissen muß mit der Produktion, soll sie profitabel sein, ganz anders gehaust werden als früher. Jedem Einsichtigen ist es klar, daß die geradezu unsinnige Wirtschaftspolitik des deutschen Unternehmertums die Krise in ihrem heutigen Ausmaße herbeigeführt hat. Anstatt mit der inneren Kräftigung der Industrie zu beginnen, suchte man in der Ausbreitung der Inflation sein Heil: man kaufte Maschinen, die den heutigen Ansprüchen nicht standhalten können. Man trieb Raubbau, was sich nun schwer rächt. In der jetzigen Situation sucht sich das Unternehmertum zu retten, indem es die Ware im Auslande zu einem Drittel des Preises verkauft als im eigenen Lande. Und da spricht man noch von der Verteidigung nationaler Interessen! Durch seine grausame Lohnpolitik raubt das Unternehmertum dem Arbeiterstande jede Lebensmöglichkeit.“

Auch in Amerika bestanden in der Zeit von 1920 bis 1923 große Abwärtsbewegungen; dort hat man aber zunächst durch Hebung des Inlandsmarktes einen Ausweg gefunden. Die Rationalisierung ist dort mit ganz andern Mitteln versucht worden. Das Leitmotiv der amerikanischen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege war: 1. kurze Arbeitszeit und hohe Löhne; 2. erhöhte Produktion; 3. niedrige Preise; 4. rigorose Typifizierung der Produkte.

Bis jetzt sind alle deutschen Preisabbauaktionen im Sande verlaufen, so daß heute fast niemand mehr an einen wirklichen Preisabbau glaubt. In Amerika erzielte man den Preisabbau durch vereinfachte Produktion und Typifizierung. Anstatt von einem und demselben Artikel Hunderte ja Tausende verschiedenartige Muster zu haben, verringerte man diese auf eine geringe Anzahl. So hat man seit 1923 die Feilen und Raspeln von 1961 auf 496 verringert, die Bettdeckenmuster von 78 auf 12, die Klosett- und Wasserleitungsapparate wurden von 1114 auf 72 gebracht. Durch diese Art der Rationalisierung hat man nicht nur die Industrie-Erzeugnisse vereinfacht, man hat auf ganz einfache Art die Produktionsfähigkeit gehoben und dieselbe bei ganz bedeutend erhöhten Löhnen verbilligt. „Diese Form der Typifizierung ermöglicht einen erfolgreichen Kampf gegen die industrielle Verschwendung und erhöht den Fonds, aus dem sich Löhne und Profit ergeben.“ So schreibt der bekannte englische Volkswirtschaftler Chiozza Abonch. Dies ist der einzig richtige Weg, um aus der Krise herauszukommen. Mr. Herbert Hoover, der amerikanische Handelsminister, erklärte kürzlich in einem Briefe englischer Volkswirtschaftler: „Die Erfahrung zeigt uns, daß durch hohe Löhne und geregelte Arbeitszeit die Arbeiterschaft sich daran gewöhnt hat, ihr Geld für nützliche Dinge zu verwenden. Den steigenden Wohlstand unseres Volkes erkennt man daran, daß von 23 Millionen Familien 17 Millionen im Besitze eines Autos sind. Auch hat sich das Leben der amerikanischen Hausfrau ganz bedeutend vereinfacht; seit Beendigung des Krieges haben sich die Wäschereien verzehnfacht. Außerdem hat die Waschmaschinenindustrie einen erstaunlichen Aufschwung zu verzeichnen.“ Die Kräftigung des Inlandsmarktes war eines der Hauptmittel der amerikanischen Industriewelt nach dem Kriege.

Die deutsche Methode führt nicht nur zur Verarmung des Volkes, sie vernichtet die innere Konsumkraft. „Niedrige Löhne, hohe Preise“, das war die Parole, mit der man in 1878 an die Eroberung des Weltmarktes ging. Die Weltlage ist heute eine ganz andere und Aufgabe des deutschen Unternehmertums ist es, sich der völlig veränderten Weltlage anzupassen.

Vor allem muß der weiteren Auspowertung des Volkes ein Damm entgegen gesetzt werden; das ist eines der besten Mittel, um der schwer auf uns lastenden Wirtschaftskrise zu entkommen.

B. W.

### Der Kampf gegen den Achtstundentag.

Die Scharfmacher aller Länder sind sich darin einig, daß die Bestrebungen der Arbeiterschaft, den Achtstundentag durch internationale Vereinbarungen festzusetzen, mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Besonders erboht sind sie über das Ergebnis der Aussprache der Arbeitsminister in London; sie bieten deshalb alles auf, um die dort getroffenen Vereinbarungen rückgängig zu machen. Um ihr Ziel zu erreichen, machten sie in der letzten Sitzung des Internationalen Arbeitsamts in Genf einen Vorstoß. In dieser Sitzung, am 23. April, sprach sich der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts über die Londoner Arbeitsministerkonferenz aus. Der englische Vertreter Wolfe erklärte, daß seine Regierung wegen der Krise im Bergbau zu dem Ergebnis der Konferenz noch nicht habe Stellung nehmen können, er könne deshalb die offizielle Stellung der englischen Regierung leider nicht mitteilen. Die Vertreter der Unternehmer ließen durch den Schweden Oerstedt die Erklärung abgeben, daß die in London gepflogenen Besprechungen der Arbeitsminister lediglich als private Angelegenheiten der einzelnen Regierungen anzusehen seien; für die internationale Arbeitsorganisation dürften die dort getroffenen Vereinbarungen keinerlei bindende Wirkung haben. Das internationale Arbeitsamt sei die einzig zuständige Stelle, von ihr beschlossene Konventionen zu interpretieren. Weiter verurteilte er, daß der Direktor Thomas an der Londoner Konferenz teilgenommen habe. Der Vertreter der Unternehmer legte eine Resolution vor, die sich gegen die Londoner Vereinbarung der Arbeitsminister, gegen den Achtstundentag und gegen die Haltung des Direktors Thomas vor dem Internationalen Arbeitsamt wendet. Der Vertreter der Unternehmer wurde von seinem französischen Kollegen Lambert-Nipot sekundiert, der den Standpunkt der Unternehmer in scharfer Weise hervorhob und die Annahme der Resolution der Unternehmer empfahl. Zum Wiederaufbau der Wirtschaft, so führte dieser Françoise aus, seien Maßnahmen in der Arbeitszeitfrage notwendig. Die Arbeitnehmergruppe vertrat mit aller Schärfe ihren entgegengesetzten Standpunkt. Zunächst sprach der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Holländer Ouedegest. Er dankte allen denen, die das Zustandekommen der Londoner Konferenz ermöglicht haben und begrüßte die erzielte Verständigung. Die Arbeitnehmer seien auch der Auffassung, daß die internationalen Konventionen über die Arbeitszeit nur durch die Internationale Arbeitskonferenz bindend interpretiert oder abgeändert werden könnten. Mit Einzelheiten der Londoner Beschlüsse seien sie nicht durchweg einverstanden, doch sei dies eine Sache, mit der sich die Arbeitnehmervertreter in den einzelnen Ländern noch eingehend befassen würden. Im ganzen genommen betrachten die Arbeitnehmer jedoch das Ergebnis der Londoner Konferenz als einen bedeutenden Fortschritt für die Durchführung der Arbeitszeitkonventionen. Ouedegest stellte gegenüber dem Vertreter der Unternehmer den Antrag, der Verwaltungsrat möge die Resolution der Unternehmer ablehnen und zur Tagesordnung übergehen. Dieser Standpunkt wurde im Laufe der Debatte von den weiteren Arbeitnehmervertretern Boulton-England, Thorberg-Schweden, Müller-Deutschland und Weber-Oesterreich noch eingehender unterstrichen, wobei namentlich die Teilnahme von Direktor Thomas an der Konferenz energisch in Schutz genommen wurde. Von allen Rednern wurde hervorgehoben, daß es geradezu eine Pflichtverletzung des Internationalen Arbeitsamtes gewesen wäre, wenn seine Vertreter nicht an der Besprechung der Arbeitsminister in London teilgenommen hätten.

Auch die Regierungsvertreter der einzelnen Staaten sprachen sich im Sinne der Arbeitervertreter aus und pflichteten dem Antrag Ouedegest bei. Auf eine Bemerkung des Vertreters der polnischen Regierung, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz für diejenigen Länder, welche die Washingtoner Konvention bereits ratifiziert haben, eine gewisse Venachteiligung bedeuten könnte, entgegnete Direktor Thomas in seinem Schlußwort, daß es diese Länder jeder Zeit in der Hand hätten, in der Arbeitskonferenz ihre Rechte und Klagen geltend zu machen. In Anbetracht des energischen Widerstandes der Arbeitervertreter hielten es die Unternehmer doch für ratsam, die eingebrachte Resolution zurückzuziehen. Sein Urteil über die Londoner Verständigung sagte Thomas nochmals dahin zusammen, daß sie für die Ratifikation der Arbeitszeitkonvention als großer Fortschritt bewertet werden müsse. Den Vertretern der Arbeiter gab Thomas zu, daß sie mit Recht über die Langsamkeit der Ratifizierung unzufrieden seien; doch möchten sie dabei nicht übersehen, wie unendlich viel langsamer es in der Vorkriegszeit damit zugeht, wo die einfachsten internationalen Konventionen jahrelange Beratungen erforderten, ehe sie verabschiedet werden konnten. Der Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, wurde angenommen.

Die Unternehmer werden jede Gelegenheit benutzen, um gegen die Bestrebungen der Arbeiter Sturm zu laufen. Besonders ist es der Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens, die ihnen gegen den Strich gehen. Selbst wenn die Ratifikation des Washingtoner Abkommens erfolgt, wird es nicht nur großer Anstrengungen, sondern wahrscheinlich auch schwerer Kämpfe bedürfen, wenn die Forderungen der Arbeiterschaft restlose Anerkennung finden sollen.

### Der deutsche Außenhandel im März.

Seit Dezember vorigen Jahres ist die deutsche Handelsbilanz aktiv, das heißt, der Wert der Ausfuhr ist größer als der der Einfuhr. Aber diese Aktivität beruhte bis zum Februar fast ausschließlich auf dem Rückgang der Einfuhr, besonders der Rohstoffeinfuhr, sie war somit kein erfreuliches Symptom, sondern ein Zeichen für den Rückgang der industriellen Tätigkeit. Der Monat März bedeutet offenbar eine grundlegende Änderung dieses Zustandes. Zum ersten Male ist eine starke Steigerung der Ausfuhr (um 140 Millionen) eingetreten, an der der Fertigwareneport mit 122 Millionen beteiligt ist. Auch die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten ist um 23 Millionen gestiegen, während der ganz unbeträchtliche Rückgang der

Lebensmittelausfuhr um 5 Millionen, wie im Vormonat, ohne weiteres als Saisonerscheinung anzusprechen ist.

Auf der Einfuhrseite, die einen Rückgang von insgesamt 16 Millionen aufweist, sind die Zeichen der Gesundung zu beobachten. Der Rückgang der Fertigwareneinfuhr um 11 Millionen dürfte von der zunehmenden Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem inneren Markte zeugen. Dagegen ist die durchaus notwendige Rohstoffeinfuhr gegenüber dem Vormonat auf der gleichen Höhe geblieben. Die Lebensmittelausfuhr ist um 7 Millionen gesunken. Der Ausfuhrüberschuß beträgt insgesamt 278 Millionen. Wenn die Entwicklung zu einer gesunden Aktivierung der deutschen Handelsbilanz, die sich hier anzubahnen scheint, auch in den folgenden Monaten anhält, so wird man annehmen dürfen, daß hier wirklich ein Hebel zur Überwindung der Wirtschaftsdpression in Bewegung gesetzt worden ist.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken: Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken weist im März gegenüber dem Vormonat eine leichte Abnahme (um 7 Millionen Reichsmark) auf. Zurückgegangen ist unter anderem die Einfuhr an Weizen, Fisch, Kaffee, Fleisch und Obst. Zunahmen zeigen dagegen Butter, Südfrüchte und Käse. Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt gegenüber dem Vormonat eine geringfügige Abnahme (um 1,1 Millionen Reichsmark). Die Einfuhr an Textilrohstoffen weist eine unwesentliche Zunahme (um 2,6 Millionen Reichsmark) auf. Während die Rohstoffeinfuhr beträchtlich gestiegen ist (um 15,8 Millionen Reichsmark), zeigt die Einfuhr an Baumwolle (8,9 Millionen Reichsmark) und Seide (2,7 Millionen Reichsmark) weitere Abnahmen. Abnahmen sind ferner festzustellen bei Bau- und Kuchholz, Mineralölen; Zunahme dagegen bei Oelfrüchten, Oelkernen und Kupfer. Die Einfuhr an Fertigwaren weist einen Rückgang von 11,1 Millionen Reichsmark auf. Daran sind hauptsächlich beteiligt die Textilwaren (mit 3,8 Millionen Reichsmark), Farben, Pelze, elektrotechnische Erzeugnisse und Textilmaschinen. Bei der Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken ist im März, gegenüber dem Vormonat, eine Abnahme um 5,1 Millionen Reichsmark festzustellen. Die Ausfuhr an Weizen ist zurückgegangen. Es wurden ausgeführt, hauptsächlich gegen Ausfuhrschneide, an Weizen 478 973 Doppelzentner, an Roggen 848 071 Doppelzentner. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Zunahme von 23 Millionen Reichsmark. An der Steigerung sind die Textilrohstoffe mit 4,3 Millionen Reichsmark und schwefelsaures Ammoniak mit 7 Millionen Reichsmark beteiligt. Die Steinkohlenausfuhr ist um 4,6 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Die Ausfuhr an Fertigwaren weist eine Zunahme um 12,4 Millionen Reichsmark auf. Daran sind in erster Linie beteiligt die Textilfertigwaren, die Walzwerkeerzeugnisse und Eisenwaren, die Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnisse, sowie Papier und Papierwaren. Im ganzen betrachtet beträgt die Aktivität 278 Millionen Reichsmark gegen 121 Millionen Reichsmark im Februar. Erstmalig läßt diese Aktivität, wenngleich sie noch wie vor noch keine gesunde Aktivität ist, erkennen, daß die Möglichkeit, Waren im Auslande abzusetzen, im größeren Maße als bisher gegeben ist. Wichtiger jedoch für die deutsche Wirtschaft ist die Belebung des Innenmarktes, auf dessen Gesundung mit aller Kraft hingearbeitet werden muß.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

##### Warnung.

Die Zahlstelle Dortmund warnt vor Joachim Dahms, geboren 29. Mai 1883 zu Kiel. Dahms ist unter Hinterlassung von 116 M. Zahlstellenschulden aus Dortmund abgereist. Alle Zahlstellenaffilierte mögen ein wachsames Auge auf ihn haben. Der Zentralvorstand.

#### Unsere Lohnbewegungen.

Ein preussischer Bergrevierbeamter über den Achtstundentag im Bergwerke. Industrie und Bergbau machen dem Bergwerke den Achtstundentag streitig. Die Behörden helfen dabei, wie eine Verfügung des preussischen Bergrevierbeamten in Reich beweist. Auf eine von den bergwerblichen Arbeiterverbänden erhobene Beschwerde erteilte er unterm 1. April 1928 nachstehende Antwort:

Ich vermag nicht anzuerkennen, daß durch eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bauhandwerker auf den mit dem Bergbau zusammenhängenden Bauausführungen der Bergwerke in dem zu dem hiesigen Bergreviere gehörigen Gruben des Meuselwitzer Braunkohlengrubens von 8 auf 10 Stunden ein nachteiliger Einfluß auf die im Bauhandwerke bestehende Arbeitslosigkeit ausgeübt werden müßte.

Die auszuführenden Bauten sind für den Grubenbetrieb zu dessen Vervollkommnung notwendig, um eine im allgemeinen Interesse liegende Kohlenproduktion zu erleichtern. Es ist deshalb zweckdienlich, sie mit den zu Gebote stehenden technischen Mitteln möglichst zu fördern, wozu auch eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit gehört. Daneben aber bleibt erwünscht, daß die in der Nähe der Gruben auf Bauarbeiten beschäftigten Arbeiter auch die gleiche Arbeitszeit innehalten wie die Bergarbeiter selbst. Ich habe daher keinen Anlaß gesehen, dem Antrage der Arbeitgeberverbände die Genehmigung zu verjagen.

Wie aus dem Schreiben erhellt, ist dem Revierbeamten gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß durch die von ihm erteilte Genehmigung zu dem Antrage der Unternehmer den bergwerblichen Arbeitern der Achtstundentag illusorisch gemacht wird, zumal seine Genehmigung sich nicht beschränkt auf bauliche Arbeiten in den Werken, sondern übergreift auf solche Arbeiten, die in der Nähe der Gruben ausgeführt werden. Eine dahingehende Forderung hatten die Unternehmer auch bei den zentralen Tarifverhandlungen gestellt; die Arbeitervertreter hatten sie jedoch rundweg abgelehnt.



Im vorliegenden Falle haben die Unternehmer sie von dem Revierbeamten bewilligt erhalten.

Im benachbarten Neufelwisch-Rositzer Braunkohlenrevier war im Vorjahre durch eine Verfügung der thüringischen Regierung ein ähnlicher Raub am Achtfundentag der baugewerblichen Arbeiter begangen worden. Einer Interpellation der kommunistischen Fraktion des thüringischen Landtages war leider kein Erfolg beschieden.

Wenn die baugewerblichen Arbeiter unter den obwaltenden Umständen derartige Eingriffe in ihre Rechte hinnehmen, so darf daraus unter keinen Umständen geschlossen werden, daß sie bereit wären, sich damit abzufinden. Sie behalten sich ihre Stellungnahme vor. Für sie gilt immer noch, daß an dem Achtfundentag nicht gerüttelt werden darf.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen. Am 22. April tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag; 2. Reisebericht; 3. Verbandsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung 2 verstorbene Mitglieder. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde abgelehnt. Zum Punkt Reisebericht hielt Kamerad Caspar ein eingehendes Referat. Der Redner wies auf die Bedeutung des 1. Mai als Weltfeiertag des Proletariats hin und forderte von unsern Mitgliedern die restlose Beteiligung an der vom A.D.B. veranstalteten Demonstration. Eine Selbstverständlichkeit erblidete die Versammlung darin, daß an diesem Tage die Arbeit vollständig zu ruhen habe. Als Kontrolle findet an diesem Tage eine Abstempelung der Mitgliedsbücher statt. Beschlüsse in dieser Form wurden einstimmig angenommen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ beschäftigte sich die Versammlung mit dem Beschluß, betreffend das Umschauen. Da es noch immer einzelne Mitglieder gibt, die sich nicht an unsere Beschlüsse halten, wurde der bestehende Beschluß entsprechend verschärft: „Die am 22. April tagende Mitgliederversammlung erneuert ihren Beschluß des Umschauverbotes. Kameraden, die diesem Beschluß zuwiderhandeln, werden in eine Geldstrafe von 15 M. genommen. Dasselbe gilt auch für die Kameraden, die ohne Vermittlung durch den öffentlichen Arbeitsnachweis oder das Verbandsbüro Arbeit annehmen. Diesem Beschluß zuwiderhandelnde Kameraden verirken das Recht des Zusammenarbeitens mit andern Kameraden. Die Versammlung beschließt, daß eine Veröffentlichung derjenigen Kameraden erfolgt, die obige Beschlüsse nicht respektieren.“ Dieser Beschluß gilt auch für die umliegenden Zahlstellen, die noch besonders darauf aufmerksam gemacht werden, ihn zu respektieren. Der Zahlstellenvorstand hat strenge Anweisung erhalten, überall dort, wo die Beschlüsse nicht innegehalten werden, mit der größten Strenge vorzugehen; das heißt also, daß diese Kameraden die Arbeitsstelle verlassen müssen, damit endlich Ordnung in der Vermittlung eintritt. Des weiteren erstattete Kamerad Weber als Korrelator den Jahresbericht für das Ortskartell. Die Mitgliederzahl der dem Ortskartell angeschlossenen Verbände betrug 99.000. Es ist mithin im verfloßenen Geschäftsjahre eine Zunahme von 1100 Mitgliedern zu verzeichnen. Die weiteren, durch die Gewerkschaften geschaffenen Einrichtungen konnten sich einer guten Entwicklung erfreuen. Hervorzuheben sei das Gemeinnützige Bestattungsinstitut und die Volks- und Sparbank. Da sich unser jetziges Gewerkschaftshaus als zu klein erwiesen, soll in diesem Jahre mit dem Bau eines neuen modernen Hauses begonnen werden. Ferner wurde auf Anregung des Ortskartells eine Gemeinnützige Baugesellschaft gegründet zu dem Zweck, gute Wohnungen für die Mitglieder der Gewerkschaften zu schaffen. 24 solcher Wohnungen sind bereits geschaffen. Mit dem Bau von weiteren 120 Wohnungen soll in kürzester Zeit begonnen werden. Die Arbeitslosenfrage beschäftigte mehrfach das Ortskartell. Entsprechende Forderungen und Wünsche der Arbeitslosen wurden in dieser Form an Senat und Bürgererschaft gestellt. Aus Mitteln der eigenen Institute wurde den Arbeitslosen zu Weihnachten Gebäck im Werte von 13.000 M. verabfolgt. Nach einigen aufläuternden Anfragen wies Kamerad Caspar nochmals auf den Wert der Einrichtungen hin und forderte kräftige Unterstützung derselben. Zum Schluß wurde die Verhelfungsfrage besprochen. Da zu Ostern wieder ein Teil junger Leute dem Zimmerberuf zugeführt wurde, muß es unsere Aufgabe sein, sie restlos der Organisation zuzuführen. Damit erreichte die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Chemnitz. Die am 20. April im Volkshaus stattgefundene Zimmererverversammlung hatte folgende Tagesordnung: Die Reichsgesundheitswoche und die Gewerkschaften. Abrechnung und Bericht vom 1. Quartal. Die Reisebericht. Verschiedenes. Zum ersten Punkt referierte Dr. Kohn über die wesentlichen Ursachen der meisten Erkrankungen. Zuerst ging er auf die Folgen der Herzkrankheiten ein. Vor allem soll sich jeder Arbeiterturner und Sportler nicht zuviel zumuten. Weiter schilderte er, daß ärztlichseits durch Experimente festgestellt worden sei, wie durch Nikotin und Alkohol Ausdauer und Energie eines Sportlers sowie jedes andern Menschen stark vermindert werde. Er forderte auf, jeder möge seinen Körper im Sport und Turnen stärken, um ein gesundes Volk zu erziehen und zu erhalten. Man solle dabei allerdings die geistige Erziehung nicht in den Hintergrund stellen. Nach dem Referat setzte eine rege Debatte ein, in der hervorgehoben wurde, daß die hauptsächlichsten Ursachen der Erkrankungen der Arbeiterschaft darin zu suchen seien, daß die bürgerliche Gesellschaft ihr einen auskömmlichen Lohn, den Achtfundentag, die Ferien, Erholungsheime usw. streitig mache. Auch wurde das Wohnungsseind als Hauptfaktor der hohen Krankheitsziffer bezeichnet. Der Referent ging in seinem Schlußwort auf die Aussprache näher ein und gab auf alle Fragen Auskunft. — Die Einnahme vom 1. Quartal beträgt 54.543,97 M., die Ausgabe 42.374,70 M. Der Lokalkassenbestand ist 23.789 M. An Erwerbslosen-, Kranken- und Streikunterstützung usw. wurden rund 28.000 M. ausgezahlt. Im Durchschnitt waren 48 % der Zimmerer erwerbslos. Einige Unternehmer haben versucht, den Lohn herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Dies wurde aber durch den Vorstehenden der Zimmerer verhindert. Kritisiert wurde, daß von 86 der Berufsschule neu gemeldeten Zimmererlehrlingen nur 96 durch das Arbeitsamt vermittelt wurden. Zum 3. Punkt wurde bekanntgegeben,

daß eine einheitliche Reisezeit aus dem Grunde nicht zustandekam, weil das Kartell verlangte, daß keine roten Fahnen mit Sowjetstern mitgeführt werden dürfen. Auch sollten die Frontkämpfer nicht in Uniform ausmarschieren. Die Versammelten waren darüber empört; fast einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, am 1. Mai nur mit der roten Fahne zu demonstrieren, da diese stets das Symbol der Arbeiterschaft gewesen sei und bleiben solle. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Volkshaus tagende Zimmererverversammlung nimmt Kenntnis von dem Ausschluß des zweiten Kartellvorsitzenden Franz aus der SPD. Die Versammelten fordern vom Ortsausschuß, daß Franz von seinem Posten im Kartell sofort zurückberufen wird.“ Weiter wurde einstimmig beschlossen, folgende Protestentschließung an die „Sächsische Gewerkschaftszeitung“ und den Sächsischen Gewerkschaftsausschuß zu senden: „Die Zimmerer der Zahlstelle Chemnitz protestieren auf das schärfste gegen den Artikel in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“, wo offen für die 23 Vertreter im Sächsischen Landtag Partei genommen wird. Dieser Protest gilt auch für den Gesamtausschuß der Gewerkschaften Sachsens, weil er in einem Rechtfertigungsartikel die Redaktion nicht nur bedachte, sondern ebenfalls das Verhalten der 23 zu beschönigen versuchte.“

Duisburg. Unsere letzte Zahlstellenversammlung fand am 24. April im Gewerkschaftshause statt. Der Vorsitzende erwähnte, in Zukunft pünktlich zu erscheinen, damit die Versammlungen präzis eröffnet werden können. In „Geschäftliches“ kam eine Angelegenheit zur Sprache, die einige Ausschlossene betrafte. Danach soll unser Verband beim Streik im letzten Jahre vom Polierbund 1800 M. erhalten haben. Da eine solche Zuwendung hier nicht eingegangen und vom Polierbund eine solche Unterstützung nicht zu erwarten ist, wurde dieses Gerücht als gemeine Verleumdung bezeichnet. Weiter hat der Vorstand festgestellt, daß seitens der Hamburger Funktionäre in Sachen Müller und Schweizer zu loyal verfahren sei. Doch sollen beide Angelegenheiten als erledigt betrachtet werden. In Zukunft sollen aber die Funktionäre ihre Aufgaben strenger beachten. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß nach unsern Beschlüssen Verbandsberichte und Publikationen nur durch das Verbandsbüro erfolgen dürfen. Von unserer letzten Zahlstellenversammlung ist aber in der kommunistischen Zeitung ein Bericht erschienen, der die Wahrheit auf den Kopf stellt und den Scharfuachern recht willkommen war. Trotz vielen Fragens hat sich der Verfasser nicht gemeldet, und niemand konnte es begreifen, daß eine „Arbeiter“-Zeitung solch arbeitserfindliche Berichte ausnimmt. Die Abrechnung lag gedruckt vor. Danach sind im 1. Quartal für die Hauptkasse 805,05 M. und für die Lokalkasse 448,31 M. mehr verausgabt als eingenommen worden. Die Hamburger Kameraden wünschten, daß ihr Defizit von der Lokalkasse übernommen würde; dem konnte aber nicht stattgegeben werden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ueber die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse berichtete Selbig. Die hiesigen Unternehmer glauben, durch die Berliner Vereinbarung dem Lohnabbau näher gekommen zu sein. In ihrer „Bescheidenheit“ forderten sie eine Lohnkürzung von 24 %. Bei der zentralen Verhandlung ist nun entschieden, daß bezüglich nochmals verhandelt werden soll. Bis zur Verständigung oder neuen Entscheidung der zentralen Schiedsstelle bleibt es bei den bisherigen Löhnen. Die bezirklichen Verhandlungen fanden am 22. April in Essen statt. Mit derselben Schärfe, wie die Unternehmer für Lohnabbau stritten, kämpften wir für eine Lohnerhöhung. Eine Einigung wurde nicht erzielt, weshalb die 2. Sitzung sich nochmals mit dem Streit beschäftigen muß. Wann diese Verhandlung stattfindet, ist ungewiß. Redner hat nun festgestellt, daß einige Kameraden eine schnellere Regelung wünschten. Diese verkennen die Situation und fallen leider der Suggestion der Unternehmer zum Opfer. Unser Handeln wird mit bestimmtem von der jeweiligen Arbeitslage. Es sei begreiflich, daß eine Verzögerung eintritt, wenn Kameraden, die monatelang ohne Arbeit sind, zusehen müssen, wie die Unternehmer die Krise ausnutzen, indem anständige Kameraden möglichst nicht eingestellt, aber aus andern Städten Leute herangebracht werden, die willfährig sind. Der Ortsausschuß bemüht sich darum, die Verdrehung einzuführen, damit alle offenen Stellen durch den Arbeitsnachweis besetzt werden können. Trotz vieler Versuche der Unternehmer arbeitet kein Zimmerer unter dem Tarif. Wir im Industriegebiet werden mit wiederkehrenden Krisen zu rechnen haben. Einen Leutenmangel wird es hier nicht wieder geben. Darum gelte es, die Erfahrungen der vorhergehenden wirtschaftlichen Erschütterungen zu verwerten. Nichts habe vermocht, das Vertrauen zur gewerkschaftlichen Organisation zu erschüttern. In den Vorträgen schloß sich eine recht gründliche und sachliche Aussprache, an der sich die Kameraden Wettermann, Biedler, Reinhold, Peters, Schneider, Schauland, Abel, Jabel und Liebe beteiligten. Besonders scharf wurde die Verwendung der Hauszinssteuer kritisiert. Von den Klagedelegierten und Polieren wurde erwartet, daß sie bei Neueinstellungen die älteren Kameraden berücksichtigen. Da alle Kameraden in zustimmendem Sinne gesprochen hatten, konnte der Referent in seinem kurzen Schlußwort den Fortschritt in der Zahlstelle und in unsern Versammlungen feststellen. Während in früheren Versammlungen die Phrasologie vorherrschte, beschäftigten sich heute die Versammlungen mit unsern eigenen, wirklichen Verbandsarbeiten, wodurch die Solidarität und die Zusammengehörigkeit gefördert wird.

Kempten. (Wichtig.) In dem Bericht von der Konferenz der schwäbischen Zahlstellen des Gauess Südbahern in Nr. 17 des „Zimmerer“ wird im letzten Abschnitt ausgeführt, daß der Einheitsverband von den Kemptener Kameraden warm empfohlen wurde. Das ist falsch. Die Kemptener Kameraden halten fest und treu zu ihrem Berufsverband; sie sind der Auffassung, daß nur der Berufsverband die Interessen der Zimmerer in wirksamer Weise zu vertreten imstande ist.

Oppeln. Am 25. April fand unsere Mitgliederversammlung statt; sie wies einen befriedigenden Besuch auf. Kamerad Scheithauer referierte über die Reisebericht. Er schilderte, wie schwer es in den Vorkriegsjahren unter der Wilhelmischen Regierung war, den 1. Mai zu feiern. In den Nachkriegsjahren konnte man zu großen Demonstrationen übergehen, in deren Mittelpunkt besonders der Achtfundentag stand. In diesem Jahre sollte die Reisezeit

durch Arbeitsruhe begangen werden, alle Kameraden sollen sich der Bedeutung des Tages bewußt sein. Um 8 Uhr vormittags ist Anreiten im Lokale bei Joritz, wo ein Stempel verabfolgt wird. Alle Kameraden wurden aufgefordert, sich am 1. Mai restlos hinter das Banner des A.D.B. zu stellen. Zum zweiten Punkt, das zwanzigjährige Bestehen der Zahlstelle, richteten die Kameraden Scheithauer und Gonska einige Worte an die anwesenden Kameraden zur Feier am 19. Juni. Durch Versammlungsbeschluß wurde festgelegt, daß die Feier stattfinden soll. Auch sind Aufführungen beabsichtigt, unter andern „Die neue Macht“. Die erforderliche Anzahl Exemplare des Festspiels soll vom Hauptverband angefordert werden. Unter Verbandsangelegenheiten gab der Vorstand in einem Schreiben der Gauleitung Aufklärung über unser Lohnabkommen. Da beiderseits keine Kündigung erfolgt ist, besteht das alte Abkommen bis 30. Juni. Ferner wurde von der Versammlung einem Antrage zugestimmt, den verstorbenen Kameraden ein Ehrengeleit zu sichern und einen Kranz zu spenden zum Preise von 10 M. Als Delegierte sind 3 Kameraden gewählt worden. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal; sie wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Schluß gab Kamerad Gonska Aufklärung über die Erwerbslosenfrage. Als Erwerbslosenrat im Landkreis Oppeln sei er, falls Kameraden im unklaren sind, gern bereit, über die Unterstützungsbedingungen Auskunft zu geben.

Stuttgart. In den letzten Wochen war der Bezug von Zimmerern aus Oesterreich sowie aus den verschiedenen Landesteilen Deutschlands sehr stark. Wir halten uns deshalb für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die diesjährige Bautätigkeit in Stuttgart kaum den anständigen Kameraden Arbeitsgelegenheit bieten wird, daß zur Zeit noch ein großer Teil Kameraden arbeitslos ist oder mit Notstandsarbeiten beschäftigt wird, und daß reisenden Kameraden keinerlei Unterstützung mehr gewährt werden kann. Wir bitten, das zu beachten.

### Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Auf dem Baugelände des Großkraftwerkes Berlin-Rummelsburg hat sich in der Nacht zum 28. April ein schwerer Unfall ereignet. Die Schlosser Max Bennicke und Fritz Dolcher stürzten aus 20 m Höhe vom Gerüst und blieben mit schweren inneren Verletzungen bewußtlos liegen. Nach Anlegung von Notverbänden wurden die Verunglückten in Rettungswagen nach dem Rummelsburger Krankenhaus gebracht. Der Zustand der beiden ist besorgniserregend, und es besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erlitten.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Betriebsperrn und Erwerbslosenunterstützung. Die Frage, ob im Falle einer Aussperrung die von ihr betroffenen Arbeiter in den Genuß der staatlichen Erwerbslosenunterstützung kommen können, ist in dem Sinne entschieden, daß den Aussperrten die Unterstützung nicht entzogen werden darf. Sie müssen allerdings die im § 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge festgesetzte Karenzzeit von 4 Wochen abwarten, ehe sie Erwerbslosenunterstützung erhalten können. Diese Bestimmungen haben auch Geltung im Falle von Streiks oder sonstigen Arbeitskämpfen. In einem Bescheid des Reichsarbeitsministers an den Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsminister vom 19. März 1926 wird ebenfalls diese Auffassung vertreten. Anders liegen die Dinge in dem Falle, in dem die Arbeiter einen Betrieb sperren, um ohne Arbeitsentfaltung zu verweigern, daß freigewordene Arbeitsstellen in einem Betriebe neu besetzt werden. Ueber beide Fragen gibt der Reichsarbeitsminister im obengenannten Bescheid seine Auffassung wieder:

(Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 19. März 1926 — IV 3750/26 — an den Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsminister.)

Nach der Rechtsauslegung, die sowohl in der Rechtsmeinung wie in der praktischen Anwendung der Erwerbslosenfürsorge seit Jahren nahezu unbestritten herrscht, ist die Unterstützung einem Erwerbslosen nicht deswegen auf Grund des § 13 Absatz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I, Seite 127) zu verweigern oder zu entziehen, weil er sich weigert, eine Arbeit anzunehmen, die durch Aussperrung oder Ausstand frei geworden ist. Es wird nun die Frage aufgeworfen, ob eine Sperre (Wohlfahrt), die von einer Arbeitnehmerorganisation über einen Betrieb verhängt ist, für die Erwerbslosenfürsorge einem Ausstande gleichzusetzen ist. Die Frage ist zu verneinen. Die erwähnte Auslegung des § 13 beruht darauf, daß es nach der Anschauung weiter Kreise des Volkes, insbesondere der ganz überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmerschaft als unehrenhaft gilt, wenn Erwerbslose einen Arbeitskampf, den andere unter eigenen, oft erheblichen Opfern führen, verweigern und deren Arbeitsstellen selber besetzen. Bei der bloßen Sperre liegt ein solcher Kampf nicht vor. Sie besteht vielmehr nur darin, daß ein Arbeitnehmerverband seinen Mitgliedern verbietet, in einem bestimmten Betriebe frei werdende Stellen anzunehmen. Von den Betriebsangehörigen wird dagegen nicht verlangt, daß sie ihre Arbeit niederlegen; es werden ihnen damit keine Opfer zugemutet, und es entfällt somit der wesentlichste Grund, aus dem im Falle des Streiks die Verweigerung sogenannter Streikbrucharbeit den Erwerbslosen gestattet wird, ohne daß sie ihre Unterstützungsrechte verlieren. Natürlich kann es vorkommen, daß sich aus einer Sperre ein wirklicher Arbeitskampf, insbesondere ein Ausstand entwickelt. Ist das der Fall, so gelten dann auch die Bestimmungen über Ausstand und Aussperrung, das heißt den bereits Erwerbslosen kann die Annahme von Arbeit in dem Betriebe, der von dem Arbeitskampf betroffen ist, nicht zugemutet werden, und andererseits sind die Arbeitnehmer, die erst durch den Ausstand oder die Aussperrung erwerbslos werden, nach § 3 Absatz 1 Satz 2 und 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge zu behandeln, können also frühestens 4 Wochen



nach Beendigung des Arbeitskampfes Erwerbslosenunterstützung erhalten. In dem mir zur Beurteilung vorgelegten Fall der Fahrradfabrik zu W. möchte ich allerdings nicht annehmen, daß ein Ausstand vorliegt. Denn wie aus Ihrer Darstellung des Falles hervorgeht, war die Belegschaft der Firma bereits entlassen, als der Verband die Sperre verhängte und schloß sich dann lediglich dieser Maßnahme an."

Dieser Bescheid ist durchaus beachtenswert, weil er hinsichtlich der Gewährung von Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitskämpfen völlige Klarheit schafft. Es wird auch künftig vorkommen, daß Unternehmer willkürlich Ausperrungen vornehmen zu dem Zweck, die Arbeitererschaft gefügig zu machen, zumal die staatliche Erwerbslosenunterstützung erst nach 4 Wochen eintritt. Um sich hiergegen zu schützen, muß es Pflicht aller Arbeiter sein, sich den für sie zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, die durch ihre Unterstützungseinrichtungen die schlimmste Not von ihren Mitgliedern abzuwenden suchen.

**Drei Erholungsheime des B. d. A.** Dem Zentralverband der Angestellten, der Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten, ist es gelungen, in ganz kurzer Frist drei Erholungsheime zu schaffen. In dem Heim „Altheimer Hof“ bei der Z. d. A. am Ostseestrand in Ahlbeck auf der Insel Hiddensee das beste und größte Haus. Ein zweites Heim, Bad Finkenmühle, befindet sich in einem Seitental der oberen Schwarzau im reizenden Finkengrund, inmitten herrlicher Wälder in einer Höhenlage von 500 Meter über dem Meerespiegel in Thüringen. Das Dritte Haus, das in allererster Linie der Jugend des B. d. A. dienen soll, aber selbstverständlich auch allen übrigen Mitgliedern zugänglich ist, wurde kürzlich am Teutoburger Wald in der Nähe Bielefelds fertiggestellt. Drei Erholungsheime in so kurzer Zeit! Dieses Beispiel zeigt, was gemeinsame Kraft zu schaffen vermag. Es ist ein schönes Zeichen sozialen Wirkens, daß der B. d. A. durch die Schaffung eigener Heime bestrebt ist, seinen Mitgliedern einen guten und billigen Ferienaufenthalt zu ermöglichen.

**Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.**

**Die Krankenversicherung der Erwerbslosen.** Zu den wichtigsten Aufgaben einer Fürsorge für die Erwerbslosen gehört die Versorgung mit ärztlicher Hilfe und Arznei, Heilmitteln usw. Diese Versorgung muß kostenlos geschehen, da ja die Erwerbslosen von ihren geringen Unterstützungssätzen nicht noch derartige Kosten tragen können. Nach § 20 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 hat die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge zuständig ist, die Unterstützungsempfänger bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder einer gleichwertigen Krankenkasse zu versichern. Die Kosten für diese Versicherung werden aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bestritten. Die Versicherung beginnt mit dem Tage des Unterstützungsbeginns und endet mit dem Tage, an dem die Erwerbslosenfürsorge wegfällt. Die so versicherten Erwerbslosen haben die gleichen Ansprüche an die Krankenversicherung wie die übrigen Pflichtmitglieder der Krankenkassen. Als Grundlohn gilt bei dieser Versicherung für die Erwerbslosen der doppelte Betrag, den sie als Hauptunterstützung beziehen, das heißt also vollständig: die Erwerbslosen bekommen im Falle der Arbeitsunfähigkeit den gleichen Satz als Krankengeld von der Krankenkasse, den sie als Erwerbslosenunterstützung erhielten, wenn sie nicht arbeitsunfähig wären. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Erwerbslosen auch Anspruch auf etwa bei der Krankenkasse eingeführte Familienhilfe haben.

Diese Bestimmung der Erwerbslosenfürsorge über die Krankenversicherung steht jedoch in einem gewissen Widerspruch zu einer Bestimmung der Reichsversicherungsordnung (§ 214), wonach Erwerbslose, die wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausscheiden und im letzten Jahre mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor dem Ausscheiden mindestens 6 Wochen versichert waren, weiteren Anspruch an die Kasse haben, wenn ein Unterstützungsfall (Krankheit) während der Erwerbslosigkeit und binnen dreier Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse eintritt. Nach dieser Bestimmung haben also alle Erwerbslosen, die die verlangte Mitgliedschaft nachweisen können, Anspruch auch nach diesem Paragraphen an die Krankenkasse. Es wird nun in den meisten Fällen so sein, daß der Erwerbslose, der erkrankt, auf zweierlei Art Ansprüche an die Krankenkasse hat: einmal auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und das andere Mal auf Grund der Bestimmung der Erwerbslosenfürsorge. Wie werden denn nun in der Praxis derartige Fälle behandelt? Ansprüche, die sich auf die Bestimmung der Reichsversicherungsordnung stützen, sind viel höher als die aus der Versicherung der Erwerbslosen. Hat ein Mitglied Anspruch nach § 214 der Reichsversicherungsordnung, so beträgt das Krankengeld die Hälfte seines letzten Arbeitsverdienstes; bekommt das Mitglied jedoch Krankengeld nach seiner Versicherung auf Grund der Erwerbslosenfürsorge, so ist dies genau so hoch wie die Erwerbslosenfürsorge. Es ist erklärlich, daß viele Erwerbslose nun insofern geschädigt werden, daß sie nur das niedrige Krankengeld erhalten, obgleich sie auf Grund der Reichsversicherungsordnung Anspruch auf Krankengeld nach ihrem letzten Arbeitsverdienst haben. Eine doppelte Zahlung des Krankengeldes auf Grund beider Ansprüche darf nach den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge nicht stattfinden. Die versicherten Erwerbslosen müssen sich also in jedem einzelnen Falle mit ihrer Krankenkasse herumschlagen und ziehen dabei meist den kürzeren, da die gesetzlichen Bestimmungen nicht gerade auf ihrer Seite stehen. Wie wichtig die Sache für die Erwerbslosen selbst ist, wollen wir an einem kleinen Beispiel erklären. Ein Arbeiter, der die Woche 40 M verdient, wird erwerbslos und einige Tage später arbeitsunfähig krank. Zahlt ihm nun seine Krankenkasse Krankengeld nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, so erhält er die Woche 20 M Krankengeld, während er nur etwa 10 M Krankengeld erhält, wenn dasselbe nach seiner Erwerbslosenunterstützung berechnet wird. Die erkrankten Erwerbslosen stehen also in diesem Falle im Nachteil zu den erwerbslosen Personen, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen und doch An-

spruch an die Krankenkasse haben. Die Auslegung und Durchführung der beiden Bestimmungen hat in der Praxis stets zu Zweifeln und Streit Anlaß gegeben. Der Reichsarbeitsminister hat nun, um alle Zweifel aus der Welt zu schaffen, folgenden Bescheid erlassen:

Jeder Erwerbslose hat in erster Linie Anspruch auf das Krankengeld, das ihm auf Grund seiner Versicherung als Erwerbsloser zusteht, also Krankengeld gleich Erwerbslosenunterstützung. Hat der Erkrankte nebenher noch Anspruch an eine Krankenkasse gemäß des § 214 der Reichsversicherungsordnung (siehe oben), so hat ihm die Kasse, an die dieser Anspruch besteht, den Unterschied zwischen dem Krankengeld als Erwerbsloser und dem höheren zu zahlen. Das heißt also: jeder Erwerbslose, der auf Grund der Reichsversicherungsordnung nach seinem Ausscheiden aus der Versicherung und Beschäftigung noch Anspruch an Krankengeld hat, muß auch solches im Unterstützungsfalle in dieser Höhe erhalten.

Es ist allen Erwerbslosen nur zu raten, von diesem neuen Bescheid Kenntnis zu nehmen und sich in Zweifelsfällen an die zuständige Ortskrankenkasse um Rat und Auskunft zu wenden.

**Literarisches.**

**Das Buch der Zimmerleute.** Unter diesem Titel hat der unsern Lesern bekannte Fachschriftsteller **Fritz Krefz, Luftnau-Lübingen**, ein neues Werk herausgebracht. „Ein Handbuch — nennt er es — für alle in der Ausbildung befindlichen und vorangeschrittenen Zimmerleute und Techniker; eine Fortsetzung der früheren in dem Werk „Der Zimmerpolier“ veröffentlichten praktischen Arbeiten. Neue Wege in der Schifffahrt und Einführung in die Arbeiten des Eisenbetons, besonders der verschiedenen Schalungssysteme und deren Aufrich. Darstellung und Beschreibung der wichtigsten (veralteten und neuesten) Werkzeuge und Holzbearbeitungsmaschinen für das Zimmergewerbe, ihre Behandlung, Anwendung usw.“

Das ist in Kürze der Inhalt dieses neuen Werkes, das sich in gleich großem Format wie „Der Zimmerpolier“ auf 246 Seiten in geschmackvollem Einband präsentiert. Schon diese kurze Inhaltsangabe beweist, daß hier ein Werk entstanden ist, das bis heute wohl einzig in seiner Art ist. Ist auch, soweit die eigentliche Zimmerkunst in Frage kommt, manches in früheren Werken des Verfassers enthalten, so ist ganz neu die Behandlung des Eisenbetonbaues. Hier hat der Verfasser ohne Zweifel einem dringenden Bedürfnis abgeholfen; denn der Betonbau ist in der Tat ein Ding für sich. Die Bedeutung, die er gegenwärtig besonders bei industriellen und Kontorhausbauten — nicht bei Wohnhausbauten — erlangt hat, zwingt alle Bauleute, zwingt besonders unsere Kameraden, ihm größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Durch das Studium des neuen Werkes von Fritz Krefz erhalten sie Gelegenheit, in die Betonbauweise einzudringen, lernen sie die einfachsten und schwierigsten Konstruktionen kennen. Schon das Bedürfnis, einmal dieses bisher unbeschriebene Gebiet zu erforschen, sollte zur Anschaffung des Werkes anregen.

Aber nicht nur das, was über den Betonbau geschrieben wird, macht das Werk lesenswert; auch über Maschinenkunde gibt es interessante Aufschlüsse. Wer übrigens den Verfasser kennt, weiß, daß er auch über Fragen des engeren Faches immer wieder Interessantes zu sagen hat. Im Anhang bietet er dann noch Wissenswertes über die gesellschaftliche Stellung des Zimmermannes im Bau- und Wirtschaftsleben, über Fragen der Sozialpolitik, des Arbeitsrechts, des Tarifrechts usw. sowie Geschichtliches über die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter im Zimmererberuf. Genug, das Werk ist ein Buch für Zimmerleute, es sollte deshalb von jungen und alten Kameraden gelesen werden.

Das Werk erscheint im Selbstverlage des Verfassers. Eine beschränkte Auflage hat er unserm Verband zur Abgabe an seine Mitglieder überlassen. Unsere Mitglieder können es daher, solange der Vorrat reicht, vom Zentralvorstand unseres Verbandes zu einem ermäßigten Preis von 12 M beziehen, wenn sie ihre Bestellungen durch die Zahlstellenkassierer bei der Zentrale aufgeben.

„Kulturwille“. Im Mai kommt eine Sondernummer des „Kulturwille“ über Körperkultur heraus. Es beginnt sich jetzt immer mehr — besonders bei der Jugend — eine Entwicklung bemerkbar zu machen, die den Sport nur als Mittel zu einer harmonischen Körpergestaltung ansieht. Dieser Bewegung ist die Körperkulturnummer des „Kulturwille“ gewidmet, die hervorragend illustriert ist. Die Nummer des „Kulturwille“ ist auch einzeln erhältlich zum Preise von 20 M, bei Sammelbestellung wird hoher Rabatt gewährt. Ein Jahresabonnement kostet nur 2,40 M. — Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Braustr. 17.

**Tarifliche Regelungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse in Reichs- und Staatsverwaltungen.** Herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO 33, Schleifische Straße 42. Preis 1 M.

Im Selbstverlag von Louis Mosberg, Bielefeld, erschien soeben ein handliches Liederbuch „Frohes Lied!“ Mit seinen 362 Handwerker- und Wanderliedern wird es bei dem billigen Preis von 80 M sicher bei vielen Kameraden, besonders den wanderlustigen, Anklang und Absatz finden.

„Handwerksburschen Leid und Freud!“ Dichtungen und Lieder aus dem Wander- und Kundenleben. Von Otto Kaufmann. Der Preis dieses 260 Seiten starken Bandes ist 1 M. Zu beziehen durch Louis Mosberg, Bielefeld.

**Sciessalten der Redaktion.**

Wegen Arbeitslosigkeit ist Bezug fernzuhalten. Anzeigen solcher oder ähnlichen Inhaltes gehen uns täglich zu. Mit wenigen Ausnahmen sind alle Zahlstellen von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Wunsch, Bezug fernzuhalten und die geringe Arbeitsgelegenheit, die sich hier und dort noch bietet, den anfertigen Kameraden zu sichern, ist verständlich. Dieser Wunsch ist aber bei allen Zahlstellen vorhanden,

und somit könnten auch alle von dem „Zimmerer“ verlangten, vor Bezug nach ihrem Gebiete zu warnen. Ein solches Verlangen könnte der „Zimmerer“ nicht erfüllen, und weil er das nicht kann, muß er es auch der einzelnen Zahlstelle verjagen, sofern nicht ganz besondere Umstände vorliegen. Wir bitten alle Zahlstellen, aus denen zur Zeit solche Anzeigen hier vorliegen, das zu berücksichtigen. Meistens wollen solche Anzeigen auch, daß das Umhauen verboten wird. Auch hierfür müssen triftige Gründe angegeben werden. Glaube eine Zahlstelle, daß sie durchaus das Umhauen verbieten muß, so mag sie es ihren Mitgliedern auf leichte und bequeme Art, möglichst ohne Benutzung des „Zimmerer“, zur Kenntnis bringen. Auch mit solchen Anzeigen sollte man nur im Ausnahmefalle den „Zimmerer“ befehlen. Die Zahlstellen, die bei uns derartige Anzeigen aufgegeben haben, sollten sich deshalb noch einmal überlegen, ob sie nicht den gewollten Zweck auch auf andern Wegen erreichen. Dem „Zimmerer“ sind auch in dieser Beziehung Grenzen gesteckt.

**Veranstaltungsanzeiger.**

**Montag, den 10. Mai:**

**Dortmund:** Abends 7 Uhr Unterricht und Besprechung der Lehrlingsabteilung im „Thüringer Hof“, Ecke Mallinford- und Uhlendstraße. — **Nordenham:** Nachmittags 5 Uhr im Konsum, Schullstraße.

**Dienstag, den 11. Mai:**

**Dortmund:** Abends 7 Uhr Sitzung der Bau- und Platzbelegierten bei Vogel, Münsterstraße 2. — **Gotha:** Nach Feierabend im Volkshaus „Zum Mohren“. — **Kiel:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Sagan:** Nachmittags 5 Uhr im Volkshaus, Tischenborfer Straße.

**Mittwoch, den 12. Mai:**

**Dortmund, Bezirk Brambauer:** Abends 7 Uhr in der Gemeindegewerkschaft. — **Penzig:** Nach Feierabend bei Christensen.

**Donnerstag, den 13. Mai:**

**Dortmund, Bezirk Sabinghorst:** Abends 7 Uhr in der Bauerschänke. — **Glogau:** Nach Feierabend im „Eitel Friedrich“, Hohenzollernstraße.

**Freitag, den 14. Mai:**

**Eisenberg:** Nachmittags 5 Uhr im Volkshaus. — **Neumünster:** Abends 8 Uhr in der Klosterkantine.

**Sonntag, den 15. Mai:**

**Gelsenkirchen:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Reudersburg:** Abends 8 Uhr im Wende-Gasthaus, Ober-eiderstraße. — **Schleswig:** Abends 8 Uhr bei Heinrich Harber, Stadtweg.

**Sonntag, den 16. Mai:**

**Berlinchen:** Im Lokal „Neues Schützenhaus“. — **Dortmund, Bezirk Anna-Kamen:** Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus in Unna. — **Essen, Bezirk Strah:** Vormittags 10 Uhr in der Kantine, Frielendorfer Straße.

**Anzeigen.**

**Sterbetafel.**

**Berlin.** Am 10. April starb unser Kamerad **Friedrich Bromer** (Bezirk 6) im Alter von 64 Jahren an Blasenkrebs.  
**Delmenhorst.** Am 13. April starb unser langjähriges Mitglied, Kamerad **Dietrich Timmermann** im Alter von 67 Jahren an Krebs der Gallenblase.  
**Firschberg i. Schl.** Am 8. April starb nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied **Adolf Nikolaus** im Alter von 47 Jahren.  
**Köln.** Am 25. April starb unser Kamerad **Andreas Kessel** aus Boppard im Alter von 66 Jahren an Asthma.  
**Magdeburg.** Am 20. April starb unser Kamerad **Otto Blumentahl** aus Hohenwarleben im Alter von 41 Jahren infolge Absturzes.  
**Nürnberg.** Am 2. März starb unser langjähriges Mitglied **Justian Stötzer** an einem Herenleiden im Alter von 38 Jahren. — Am 1. April starb unser treues Mitglied **Georg Müller** aus Fürtth im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Pinneberg.** Am 6. April starb infolge Schlaganfalles unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle **Peter Pump** im Alter von 73 Jahren.  
**Schwierin.** Am 8. April starb unser langjähriges Mitglied und Mitgründer unserer Zahlstelle, Kamerad **Heinrich Schrör** im Alter von 67 Jahren an Magenkrebs.  
 Ehre ihrem Andenken!

**Zahlstelle Hameln.**

**Achtung, reisende Zimmerer!**

Laut Versammlungsbefehl wird vom 1. April bis 1. Oktober keine Lokalunterstützung (Schlafkarte) mehr gewährt. [5,25 M.] Der Vorstand.

**Hermann Pohlend,** geb. 12. August 1901 zu Jechitz in Anhalt, Buch-Nr. 425 802, wird gebeten, seine Adresse an die Zahlstelle **Gräfenhainichen** zu senden, wegen Abscheidung der Mitgliedskarte.

**Otto Wibzmann,** Buch-Nr. 451 102, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle **Gräfenhainichen** nachzukommen. Kameraden, die mit ihm zusammenarbeiten, werden aufgefordert, ihn darauf aufmerksam zu machen. [7,50 M.] Der Vorstand.